

**Diethelm Raff Lindenstr. 24  
8738 Uetliburg 076 349 61 52**

**Linth Zeitung  
Leserbriefredaktion Uetliburg, 8.4.2005**

**Sehr geehrte Damen und Herren**

**Es würde mich freuen, wenn Sie Platz für folgenden Leserbrief hätten.**

**Die Vereinigung von Rapperswil und Jona wird in der Linth Zeitung vom 7. April als Beispiel für weitere Gemeindegemeinschaften vorgestellt. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann andere Gemeinden ebenfalls fusionieren. Die Begründung bleibt aus. Sie ist jedoch beim Bundesamt für Raumentwicklung in Bern zu finden. Dort plant die Berner Bürokratie, die Schweizer Bürger nach wirtschaftlichen Kriterien in grossen Einheiten neu zu verwalten. Rapperswil-Jona soll als Vorbild erhalten. Aus Gründen der direkten Demokratie sind gegen die „effiziente“ Verwaltung der Bürger in Grossgemeinden jedoch ernste Vorbehalte anzubringen.**

**Die Direkte Demokratie der Schweiz beruht auf der Idee des selbstbestimmten, gleichberechtigten und freien Bürgers. Vereine, Genossenschaften und kleine, möglichst autonome Gemeinden erlauben es, Entscheidungen im freien Gespräch gemeinsam zu treffen. Nur hier kann sich fast jede und jeder einen Überblick schaffen, hier erlebt jeder mit, wie Entscheidungen getroffen werden und erlebt, dass jede Verantwortung für das gemeinsame Leben übernehmen kann und übernehmen muss. Georg Thürer schreibt dazu: „Gemeindeversammlungen sind Bürgerschulung und eigentliche staatsbürgerliche Wiederholungskurse (Georg Thürer Gemeinschaft im Staatsleben der Schweiz, 1998). Darüberhinaus werden Beschlüsse umso besser, je mehr Bürger mitdenken. Georg Thürer schreibt dazu: „Dass sich ein aus dem Volksgespräch geborenes Gesetz besser einbürgert als ein von oben herab verfügtes ist jedermann klar. Eine Ordnung, die aus der öffentlichen Aussprache hervorgeht, ist in der Regel lebensgemässer als eine im Büro erklügelte.“ Je grösser eine Gemeinde ist, um so weniger erlebt der einzelne, dass er sein ganzes Leben selbst bestimmen kann. Deshalb nehmen in grossen Gemeinden und Städten weniger Bürger am öffentlichen Leben teil. Der ehemalige Bundesrat Wahlen schreibt schon 1947 - im Buch „Dem Gewissen verpflichtet“: „Je grösser die Stadt, um so mehr läuft der Einzelne Gefahr, als Bürger verlorenzugehen, lediglich als Bestandteil der Masse bei politischen Entscheidungen in Erscheinung zu treten. Das heute nahezu einstimmige Urteil geht dahin, dass die Schweiz die Stürme der letzten Jahrzehnte nicht überstanden hätte, wenn sie nicht die solid von unten her gebaute buntscheckige Schweiz geblieben wäre: ein Haus mit vielen gemütlichen Stuben, in dem jedem wohl sein kann, in dem jeder nach seiner Fassung glaubt, spricht und musiziert, statt eines grossen Prunkgemaches, in dem sich die Bewohner nicht auf die Musik des einzigen Orchesters einigen können, bis am Ende der Dirigent für sie entscheidet und sie nach dem Takt seines übermächtigen Stabes tanzen lässt“. An diese Aussage seien auch jene erinnert, die in Machtkategorien denken und sich aus Zusammenschlüssen mehr Einfluss bei den**

**Oberen versprechen statt sich an den Mitbürgern, dem Souverän, zu orientieren.**

**Wenn wir uns an der direkten Demokratie und an verantwortungsvollen Bürgern freuen, sollten wir der Vergrößerung von Gemeinden und einer Zentralisierung von Entscheidungen beim Bund und den Kantonen entgegenreten. Besser wäre es, den kleinen Gemeinden wieder mehr Autonomie zu geben und die Möglichkeiten zur Beteiligung der Bürger auszubauen. Nebenbei gesagt, wird die Effizienz nicht mit bürgerferneren Grossgebilden verbessert, sondern durch mehr Beteiligung der Bürger, also Transparenz. Das ergab eine Studie am Institut des St. Galler Professors Gebhard Kirchgässer mit dem Titel: „Die direkte Demokratie. Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig“ von 1999.**